



Sitzungsvorlage

Nr.:	316/2004
ausgefertigt am:	01.11.2004
Fachamt:	Amt Schulen und Kulturverwaltung
zu beteiligende Gremien:	– Ausschuss für Berufsbildende Schulen

**Berufsbildende Schulen in Niedersachsen als regionale Kompetenzzentren (ProReKo);
hier: Vereinbarung über die Budgetierung und Finanzierung zwischen dem Nds. Kultusministerium,
den Berufsbildenden Schulen Cuxhaven und dem Landkreis Cuxhaven**

Die Berufsbildenden Schulen Cuxhaven nehmen seit Beginn des Jahres 2003 an einem 5-jährigen Schulversuch (ProReKo) des Landes Niedersachsens teil, in dem den Schulen die Möglichkeit gegeben wird, sich zu Qualifizierungszentren der Region zu entwickeln. Dazu wird ihnen durch ein verändertes System von Schulmanagement und Personalsteuerung eine größere Selbstständigkeit und eine umfassende Gesamtverantwortung eingeräumt. BBS, Schulträger und Schulbehörde erproben im Rahmen dieses Versuches eine verstärkte eigenverantwortliche Steuerung, um der Schule größere Selbstständigkeit und Gestaltungsspielräume zu geben. Ziel ist es, die Qualität der schulischen Arbeit zu verbessern. Im Einzelnen werden in den Modellschulen in Niedersachsen die Strukturbausteine Bildungsangebote der Schule, Totalbudgetierung der Finanzmittel, eigenständige Personalbewirtschaftung und Personalentwicklung, Qualitätssicherung und Rechenschaftslegung sowie Schulverfassung erprobt und evaluiert.

Der Ausschuss für Berufsbildende Schulen hat diesem Schulversuch in seiner Sitzung am 26.09.2002 zugestimmt (Sitzungsvorlage Nr. 261/2002).

Bezüglich der Budgetierung hat der Kreistag des Landkreises Cuxhaven die Kreisverwaltung durch einen entsprechenden Haushaltsvermerk ermächtigt, für die Schule nach Maßgabe des Erforderlichen ein Totalbudget für die Haushaltsmittel des Schulträgers und des Landes zu bilden.

Hierzu ist nun eine Vereinbarung erarbeitet worden, die zum 01.01.2005 in Kraft treten soll.

Danach werden die vom Landkreis als Schulträger bereits seit 1998 budgetierten Haushaltsmittel Bestandteil dieses Budgets. Dabei werden die Mittel für die Anschaffung von Anlagevermögen nicht an die Schule überwiesen, sondern weiter in der bisherigen Form bewirtschaftet.

Das Land Niedersachsen bringt die Sach- und Personalkosten, die anteilmäßig auf die teilnehmenden Schulen verteilt werden, sowie einen Teil der Umschulungsentgelte nach § 54 NSchG in das Budget ein. Die Bezüge für die Landesbediensteten werden weiterhin direkt vom Land über das NLBV gezahlt, so dass diese Mittel nicht an die Schule überwiesen werden.

Die Schule erhält die Mittel zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung. Diese Mittel sind gegenseitig deckungsfähig, Einnahmen können für Mehrausgaben verwendet werden und nicht verbrauchte Mittel werden in das nächste Haushaltsjahr übertragen.

Nach Abschluss des Haushaltsjahres weist die Schule die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel nach. Das Land Niedersachsen, der Schulträger sowie die kommunalen Rechnungsprüfungsämter sowie der Landesrechnungshof sind berechtigt, die Verwendung der Mittel der Schulen zu überprüfen, die dazu gehörigen Unterlagen einzusehen und Auskünfte zu verlangen.

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.